

wolle Freiheiten in Südostasien verteidigen, die in den Negervierteln des eigenen Landes noch nicht bestünden, und dafür lasse sie einträchtig weiße und schwarze Soldaten erschießen, die zu Hause nicht in die gleiche Schule gehen dürften (vgl. „The National Catholic Reporter“, 12. 4. 67).

Wortführer gegen den „US-Imperialismus“

Den Vereinigten Staaten, die sich in den Entwicklungsländern, vorwiegend in Lateinamerika, den Vorwurf des Imperialismus gefallen lassen müssen, können die Schwierigkeiten mit den Farbigen nur einen weiteren Prestigeverlust einbringen. Deshalb hat Fidel Castro dem radikalen Negerführer Stokely Carmichael im August dieses Jahres vor den versammelten Führern der kommunistischen Parteien des Kontinents in La Habana eine große propagandistische Rolle zugeteilt. Die Rassenfrage ist ihm ein willkommenes Anlaß zu neuen Beschuldigungen gegen die USA, zumal er sich selbst in dem zu 30 Prozent farbigen Cuba nie mit der Rassenfrage kompromittiert hat. Obwohl die antiweißen Untertöne in der Ideologie Carmichaels nicht entfernt mit den Vorstellungen Castros harmonieren, erhofft er sich von den Rassenunruhen in den USA die Chance, dort ein weiteres „Vietnam“ schaffen und die Bewegungsfreiheit der Regierung beeinträchtigen zu können (vgl. dazu die Ausführungen von Ernesto Che Guevara, *Créer deux, trois Vietnam*, Ed. Maspéro, Paris 1967).

Schließlich nutzt die chinesische Auslandspropaganda die Rassenunruhen für ihre antiamerikanische Propaganda, vorwiegend bei den Entwicklungsländern. Die wöchentlich in vielen Sprachen erscheinende „Peking Rundschau“ gibt in einer Gewalttätigkeiten verherrlichenden Sprache

Berichte von den Aufständen, sie bietet den radikalen Führern moralischen Rückhalt und verunglimpft Dr. King. Selbst taktische Hinweise an die Heckenschützen werden erteilt. Bemerkenswert ist die Sprachgebung, die sehr auf die Empfindlichkeiten der Entwicklungsvölker abgestimmt ist: Die amerikanischen Neger werden ausschließlich als „Afro-Amerikaner“ bezeichnet, da das Wort „Neger“ besonders in Afrika vielfach einen diskriminierenden Beigeschmack hat (vgl. „Peking Rundschau“, 1. 8. 67, S. 31; 8. 8. 67, S. 51). Aufschlußreich ist der Versuch, das marxistische Klassenschema auf die rassistischen Auseinandersetzungen anzuwenden. Zu diesem Zwecke wird behauptet, die große Mehrheit der weißen Amerikaner litte unter der gleichen Ausbeutung wie die Farbigen, das weiße Lumpenproletariat sei mit den Afro-Amerikanern solidarisch. Die Rassenfrage sei eigentlich eine Klassenfrage. Präsident Johnson hat eine Kommission zur Untersuchung der Rassenfrage berufen, die Regierungsstellen sehen sich verstärkt dazu veranlaßt, die finanziellen Mittel zur Beseitigung der sozialen Mißstände bereitzustellen, die Kirchenführer rufen zu menschlichem Miteinander der Rassen auf und wollen der Rassenfrage bei der Ausbildung der Geistlichen mehr Gewicht verleihen. An Initiativen und an gutem Willen scheint es auf der administrativen Ebene nicht zu fehlen, da man insbesondere weiß, daß das Problem noch lange nicht beigelegt ist und daß künftige Revolten organisiert sein werden. Die wirkliche Bewältigung hängt davon ab, ob der weiße Durchschnittsamerikaner erkennt, daß seiner Nation die Spaltung droht, wenn nicht die Gesamtbevölkerung die Bereitschaft aufbringt, den Farbigen als gleichberechtigten Mitbürger zu akzeptieren.

Aus der totalitären Welt

Aktuelle Fragen der Politik der SED

In der Periode der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des VII. Parteitages (17. bis 22. April 1967) kristallisierten sich in der Politik der SED drei Schwerpunkte heraus: 1. Intensivere Anstrengungen zur Erhöhung der Rentabilität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. 2. Kompromißlosere Haltung im Ringen um internationale Anerkennung. 3. Verstärkte Bemühungen zur Überwindung des gesamtdeutschen Bewußtseins und zur stärkeren Betonung der Eigenstaatlichkeit der „DDR“.

Der VII. Parteitag der SED selbst brachte wenig Neues. Inhaltlich gesehen, war dies wohl der bisher langweiligste und unbedeutendste Parteitag der SED. Die bisherige Politik wurde bestätigt. Es wurde kein neuer Entwicklungsabschnitt eingeleitet. Die wesentlichen Akzente der gegebenen politischen Orientierung der SED wurden bereits auf dem 14. Plenum des Zentralkomitees der SED (15. bis 17. Dezember 1966) gesetzt. Auf diesem Plenum und in den darauffolgenden Sitzungen des Politbüros beschäftigte sich die SED-Führung mit den Auswirkungen der Bildung der Großen Koalition in Bonn. In der Beurteilung der SED-Führung hat die Bildung der Großen Koalition die Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zuungunsten der SED verändert, weil alle Hoffnungen auf mögliche Volksfrontkonzeptionen mit

der SPD zu Grabe getragen und die Bundesrepublik als innerlich stabilisiert eingeschätzt werden mußte.

Reaktionen auf die Ostpolitik der Bundesregierung

Die SED-Führung betrachtet die Bemühungen der gegenwärtigen Bundesregierung um eine aktivierte Ostpolitik mit dem Trend zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zu den europäischen Volksdemokratien ohne Konzessionen zugunsten der Anerkennung der „DDR“ als eine ernste Gefahr, als einen gefährlichen Versuch zur Isolierung der „DDR“ innerhalb des kommunistischen Machtbereiches, was geeignet ist, die Position der „DDR“ als „Bollwerk gegen die revanchistische imperialistische Bundesrepublik“ zu untergraben. Die verständigungsbereite Ostpolitik der neuen Bundesregierung wird als die „besser getarnte alte Politik des Revanchismus, des Nationalismus und des Antikommunismus“ ausgegeben. Am 13. Februar 1967 warf Walter Ulbricht in einer Rede vor dem Berliner Parteiaktiv Bundeskanzler Kiesinger vor, daß er die Taktik Hitlers bei der Vorbereitung der Aggression kopiere.

Für die SED-Führung ist die im kommunistischen Machtbereich anerkannte Position der „DDR“ als „Bollwerk“ lebenswichtig. Die „DDR“ kann ihre spezifische Rolle im Ostblock nur festigen, wenn sie als „Bollwerk gegen die revanchistische imperialistische Bundesrepublik“ anerkannt wird. Der härtere Kurs in innerdeutschen Fragen

ist zu einem Bestandteil der Gegenoffensive Ulbrichts geworden, um den Einbruchserfolg (Rumänien) abzuriegeln und die eigene Position zu festigen. Die aktivierte Ostpolitik der Bundesregierung forderte Ulbricht zu einem betont harten Kurs in der Deutschlandfrage heraus. Die starke Betonung der innerdeutschen Gegensätze und die deutlichere Trennung in allen Fragen soll die anderen kommunistischen Staaten zu einer eindeutig klaren Haltung in der deutschen Frage veranlassen, sie noch nachdrücklicher auf die „Zweistaatlichkeit“ Deutschlands hinweisen und zu solidarischem Verhalten zugunsten der „DDR“ anspornen.

Nach dem 14. Plenum des Zentralkomitees der SED wurde eine Kampagne gegen alle Elemente gesamtdeutschen Denkens entfaltet. Das Mitglied des SED-Politbüros Gerhard Grüneberg bezeichnete die Wiedervereinigung als gefährliche Illusion, die man aus den Köpfen der Menschen vertreiben müsse. Die SED-Führung will die noch vorhandenen Elemente eines gesamtdeutschen Bewußtseins bzw. die Vorstellungen von einer einheitlichen deutschen Kultur, Wissenschaft, Literatur etc. zerstören.

Ideologisierung der Spaltung

In einer Direktive an die Presse, alle Massenmedien und an die Parteiagitatoren wurde festgelegt, daß konsequenter als bisher gegen jede Gemeinsamkeit mit Westdeutschland zu polemisieren sei und viel stärker das unüberbrückbar Trennende betont werden müsse. In den vergangenen Monaten wurde versucht, den Begriff gesamtdeutsch bzw. deutsch (in einem staatlich nicht näher klassifizierten Sinne) auszuradieren. In zahlreichen Leserbriefen wurde der „Stolz“ auf das sozialistische Vaterland zum Ausdruck gebracht und gegen die „Mär“ der einheitlichen deutschen Wissenschaft, Kultur etc. Stellung genommen. Man kann die Frage stellen, warum die SED erst jetzt darangeht, gegen alles Gesamtdeutsche aufzutreten. Die Überwindung des gesamtdeutschen Bewußtseins wird von der SED-Führung offenbar als die wichtigste Voraussetzung zur Formierung eines „DDR“-Staatsbewußtseins angesehen. Solange die Menschen in Mitteldeutschland noch gesamtdeutsch denken, werden sie Vorbehalte gegen „ihren“ Staat haben und ihn nur als Provisorium ansehen. Die Kampagne gegen das gesamtdeutsche Denken ist somit ein wichtiger Bestandteil der psychologischen Offensive des Ulbricht-Regimes, um die Menschen in Mitteldeutschland endgültig an die „Zweistaatlichkeit“ Deutschlands zu gewöhnen und dazu zu bringen, die „DDR“ als ihr Vaterland anzusehen und sich mit dem Regime zu arrangieren. Nicht zufällig lautete die zentrale Losung des VII. Parteitags „Alles für die DDR — unser sozialistisches Vaterland“. Anfang des Jahres 1967 schrieb das „Neue Deutschland“ in gleichem Sinne: „Der sozialistische deutsche Staat ist das Wichtigste in Deutschland. Alle Überlegungen, die die Zukunft der deutschen Nation betreffen, müssen davon ausgehen, sonst sind sie nicht realistisch.“

Mit ihrem Vorgehen gegen die noch vorhandenen Elemente gesamtdeutschen Bewußtseins und bei ihren Bemühungen zur stärkeren Betonung der Eigenstaatlichkeit der „DDR“ beschränkte sich die SED in den vergangenen Monaten keineswegs auf bloße Propagandaaktionen, sondern sie schuf einige bedeutungsvolle Fakten.

Das „Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR“ und die Fixierung eines neuen Strafrechts sind bedeutungs-

volle Marksteine zur Vertiefung der Spaltung. Durch das neue Staatsbürgergesetz ist die Bundesrepublik rechtlich zum Ausland erklärt worden. Nach dem Wunsch der SED-Führer sollen sich die Deutschen in Ost und West künftig als Angehörige von zwei Staatsvölkern begegnen, die nur noch historisch bedingt die gleiche Sprache sprechen, sonst aber in der Gegenwart nichts mehr miteinander gemeinsam haben. Die in der Verfassung der „DDR“ noch fixierte deutsche Staatsbürgerschaft wird großzügig den Einwohnern der Bundesrepublik allein überlassen. Mit der voraussichtlich für das Jahr 1968 geplanten neuen Verfassung der „DDR“ soll die Eigenstaatlichkeit weiter zementiert und sollen alle jene Elemente, die noch zum Teil aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, hinausgedrängt werden.

Im Entwurf des Strafgesetzbuches werden Verbrechen gegen die Souveränität der „DDR“ als besonders „verabscheuungswürdig“ qualifiziert, die sogar mit der Todesstrafe geahndet werden können. Wer sich also nicht staatsbewußt verhält und Beziehungen zur Bundesrepublik unterhält, kann hart bestraft werden.

Die Maßnahmen zur stärkeren Betonung der Eigenstaatlichkeit der „DDR“ und die Offensive gegen gesamtdeutsches Denken sind mit dem Bemühen verbunden, nach innen Milde zur Schau zu stellen und um die politisch-moralische Einheit aller Bürger zu werben. Im Innern verschärft die SED-Führung den Kurs gegenüber der Bevölkerung nicht, sondern neigt eher zu einer gewissen Milderung.

Ausprägung der Eigenstaatlichkeit

Der VII. Parteitag ließ erkennen, daß die Durchsetzung der Anerkennung der „DDR“ das wichtigste politische Ziel ist, welches mit verstärkter Energie kompromißlos angesteuert werden soll. Es wurde auf einem Alles-oder-Nichts-Standpunkt beharrt, um den politischen Preis hochzutreiben und um die Bundesrepublik weiterhin als politischen Aggressor ausgeben zu können. Durch die Fixierung von Maximalforderungen (Anerkennung der „DDR“ und aller gegenwärtigen europäischen Grenzen, Direktverhandlungen zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Ministerpräsident Stoph über die Aufnahme normaler Beziehungen) sollen alle Bemühungen der Bundesregierung um eine Normalisierung des Lebens in Deutschland zum Scheitern gebracht werden. Auf kleine Schritte, die der Verbesserung der menschlichen Beziehungen dienen sollen, läßt sich die SED-Führung jetzt nicht ein, weil sie das Risiko einer Entspannung und einer Schmälerung der Position der „DDR“ als „Bollwerk“ beinhalten. Salvatorische Klauseln in Abkommen wurden von Ulbricht auf dem VII. Parteitag nachdrücklich verurteilt, so daß die Aussichten für neue Passierscheinregelungen in Berlin und für andere neue Vereinbarungen relativ gering sind.

Die Wiedervereinigung wurde von Ulbricht auf dem VII. Parteitag erneut als gegenwärtig unmöglich und die Auseinandersetzung zwischen den „beiden deutschen Staaten“ als Klassenkampf um die Klärung der Frage Wer — Wen? charakterisiert. Konföderationsideen wurden in den Hintergrund gedrängt. Während einerseits alle Illusionen über die Wiedervereinigung bekämpft wurden, wandte sich Ulbricht andererseits auch gegen die pessimistische Auffassung, „es könne niemals zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen“. Er sagte diesbezüglich: „Die Vereinigung der deutschen Staaten ist

und bleibt unser Ziel. Aber wir sind uns klar darüber, daß sie eine demokratische Umgestaltung Westdeutschlands voraussetzt und daß der Weg dorthin für Westdeutschland lang und beschwerlich sein kann“ („Neues Deutschland“, 18. 4. 67, Seite 5).

Wenn der VII. Parteitag auch den harten Kurs in der Deutschlandpolitik bestätigt hat, so hat er doch diesen Kurs nicht weiter verschärft. Neue Initiativen in dieser Richtung blieben aus. Es hat gegenwärtig auch den Anschein, daß die Kampagne gegen das gesamtdeutsche Bewußtsein zwar fortgeführt, aber nicht mehr zugespitzt wird.

Obwohl die SED-Führer den politischen Fragen der Durchsetzung der Anerkennung und der stärkeren Formierung der Eigenstaatlichkeit der „DDR“ größte Aufmerksamkeit widmen, stehen insgesamt — aus politischen Motiven — wirtschaftliche Fragen im Vordergrund des Kampfes der SED. Im Mittelpunkt des VII. Parteitags standen eindeutig wirtschaftliche Probleme. Über zwei Drittel des viereinhalbstündigen Ulbricht-Referates waren wirtschaftlichen Fragen gewidmet. Für die SED-Führung ist die Stärkung der wirtschaftlichen Basis das wichtigste Kettenglied, um die „DDR“ im Innern weiter zu stabilisieren und um ihre ökonomische Potenz im Ringen um internationale Anerkennung noch erfolgreicher in die Waagschale werfen zu können. Der Widerspruch zwischen stetig wachsendem wirtschaftlichem Gewicht der „DDR“ und dem — verglichen mit anderen Volksdemokratien — unbefriedigenden völkerrechtlichen Status drängt die SED-Führung dazu, diese Diskrepanz durch Erzwingung der Anerkennung zu überwinden.

Wirtschaftliche Position

In der Zeit zwischen dem VI. (Januar 1963) und dem VII. Parteitag der SED konnte die „DDR“ vornehmlich durch die Anwendung des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ und den verstärkten Einsatz der Menschen unzweifelhaft wirtschaftliche Erfolge erzielen, wenngleich die hochgeschraubten Planziele zum Teil nicht erreicht wurden und durch Fehlinvestitionen (z. B. Kombinat „Schwarze Pumpe“) Millionenverluste entstanden.

Die wirtschaftliche und soziale Spitzenposition der „DDR“ im kommunistischen Machtbereich konnte jedoch weiter ausgebaut werden. Die „DDR“ steht an zweiter (direkt nach der Sowjetunion) und in einigen Bereichen sogar schon an erster Stelle.

Die bisherigen wirtschaftlichen Erfolge spornen die SED-Führung an, die wirtschaftlichen Fragen als Schlüsselprobleme der Innen- und Außenpolitik anzusehen. Es kann auch nicht verkannt werden, daß die Menschen in Mitteldeutschland zunehmend stolz auf das Geleistete sind und durch die Spitzenposition der „DDR“ im kommunistischen Machtbereich weiter angespornt werden, gut zu arbeiten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 240ff.). Der traditionelle Stolz des deutschen Facharbeiters auf seine Tüchtigkeit, seine Zuverlässigkeit und seinen Fleiß nützt heute unzweifelhaft den kommunistischen Machthabern.

Durch die zunehmende Mechanisierung und die Automatisierung vieler Produktionsprozesse, die umfassende Anwendung elektronischer Datenverarbeitung, die wachsende Chemisierung der Volkswirtschaft und die Nutzung der Atomenergie soll die wissenschaftlich-technische Revolution vorangetrieben werden. Im Bereich der Elektronik

sollen bis 1980 allein für die Errichtung neuer Forschungseinrichtungen und die ständige Modernisierung ihrer gerätemäßigen Ausstattung zwei Milliarden Mark investiert werden.

Relativ gemäßigter Kurs

Durch Forcierung der wissenschaftlich-technischen Revolution und durch verstärkte „sozialistische“ Erziehung glaubt die SED-Führung, die gesellschaftlichen Verhältnisse in Mitteldeutschland noch gründlicher umgestalten und die Kluft zu Westdeutschland vergrößern zu können. In den nächsten Jahren soll laut Ulbricht die Wirtschaftsform eine entscheidende qualitative Veränderung erfahren.

Auf dem VII. Parteitag wurden Detailfragen der Wirtschaftsführung, der wissenschaftlich-technischen Revolution, der komplexen „sozialistischen“ Rationalisierung, der Standardisierung, der Arbeitsprinzipien „sozialistischer“ Geschäftsbanken und anderes erörtert. Es wurde der Versuch unternommen, eine langfristige Prognose für die „Gestaltung des entwickelten Systems des Sozialismus in der DDR“ aufzuzeigen. Mit wissenschaftlicher Phraseologie wurden dabei Dinge gefordert, die in der freien Wirtschaft stillschweigend mit größter Selbstverständlichkeit verwirklicht werden. Ungeachtet der anspruchsvollen Projekte und Prognosen mußte aber eingestanden werden, daß „in der planmäßigen Materialversorgung auf verschiedenen Gebieten noch erhebliche Schwierigkeiten vorhanden sind“.

Was im einzelnen unter „entwickelter sozialistischer Gesellschaft“ zu verstehen ist, darüber wurde wenig ausgesagt. Immerhin scheinen bestimmte Veränderungen der gegenwärtigen Eigentumsformen geplant zu sein. Ulbricht erwähnte, daß in der Landwirtschaft „kollektives Eigentum auf höherer Stufe“ entstehen werde.

Die wirtschaftlichen Anstrengungen erfordern im Innern aber insgesamt einen relativ gemäßigten Kurs, ein weitgehend auskömmliches Verhältnis zur Bevölkerung und eine schrittweise Verbesserung der Lebensbedingungen. Um der arbeitenden Bevölkerung entgegenzukommen, wurden folgende Maßnahmen beschlossen: Erhöhung der Grundrenten, bessere Unterstützung kinderreicher Familien, Anhebung der Vergütung der untersten Lohngruppen und Einführung der 5-Tage-Woche (bei Streichung einiger bisher arbeitsfreier kirchlicher und staatlicher Feiertage).

In jüngster Zeit werden auch — wie aus der Regierungserklärung vom 14. Juli 1967 und den Stellungnahmen der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED (6. und 7. Juli 1967) hervorgeht — die Fragen der innerdeutschen Beziehungen fast ausschließlich als Problem der Außenpolitik angesehen. Außerlich findet dieser Kurs auch in der Umbenennung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel in Ministerium für Außenwirtschaft seinen Ausdruck. Das Staatssekretariat für westdeutsche Fragen hat ausschließlich Propagandaaufgaben zu erfüllen.

Die bemerkenswerten Zugeständnisse der Bundesregierung (Aufhebung der Widerrufsklausel, Verbesserung der Abrechnungsmodalitäten, Freistellung von der Mehrwertsteuer) wurden, wie aus regierungsamtlichen Verlautbarungen bei der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse 1967 hervorgeht, als selbstverständlich hingenommen. Ungeachtet dieses Entgegenkommens werden weiterhin Regierungsabkommen über den Handelsverkehr zwischen

den „beiden deutschen Staaten“ gefordert, obwohl die „DDR“ aus der Tatsache, daß die Bundesregierung den innerdeutschen Handel nicht als Außenhandel betrachtet, erheblichen wirtschaftlichen Nutzen zieht.

In der Religions- und Kirchenpolitik wurden in der letzten Zeit keine wesentlichen neuen Akzente gesetzt. Während die SED bestrebt ist, im Innern den Kampf gegen Religion und Kirche mit „normaler“ Intensität ohne jede Verschärfung fortzuführen, wird in all den Fragen, die die Eigenstaatlichkeit und Souveränität der „DDR“ berühren, jedoch ein betont harter Kurs gesteuert (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 89 ff.).

Druck auf die EKD

Der verstärkte Kampf gegen die noch vorhandenen Elemente eines gesamtdeutschen Bewußtseins hat naturgemäß seine Auswirkungen auf die Kirchen, deren faktische Brückenfunktion zwischen Ost und West mit der politischen Generallinie der SED kollidiert. Der politische Druck zur Erzwingung der Preisgabe der Einheit der katholischen und evangelischen Kirche in Deutschland wurde in den letzten Monaten erhöht.

Deutliche Auswirkungen hatte die versteifte Haltung der SED in der Deutschlandpolitik bereits seit längerem auf die EKD. Sie führte in den vergangenen Monaten zu einer schweren Belastungsprobe (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 230 ff.). Die gesamtdeutsche Einheit der in Mitteldeutschland zahlenmäßig starken evangelischen Kirche ist den Kommunisten schon seit langem ein besonderes Ärgernis. Gestützt auf die Gruppe „fortschrittlicher“ Pfarrer, die sich in einem Bund unter Leitung von Prof. Dr. Bassarack bereits zusammengeschlossen haben, und auf aktive Funktionäre der Ost-CDU, hatten die SED-Kirchenpolitiker geglaubt, daß bereits in diesem Frühjahr die Spaltung der EKD möglich sei.

Seit November 1966 wurde von diesen Kräften die These verfochten, daß es überhaupt keine Einheit der EKD mehr gebe (Äußerung von Dr. Töplitz, Stellvertretender Vorsitzender der Ost-CDU und Präsident des Obersten Gerichtes der „DDR“). In der Fortexistenz der EKD wurde ein Rudiment der „Bonner Alleinvertretungsmaßnahme“ erblickt. Unmittelbar vor der Synode wurde eine Konferenz „fortschrittlicher“ Geistlicher nach Ost-Berlin einberufen, auf der mehrere Pfarrer behaupteten, die EKD sei ein Anachronismus und lebe nur noch in vorgetäuschter Einheit.

Wenn auf der letzten Synode, die nur in zwei Regional-Synoden getrennt in West-Berlin und Fürstenwalde tagen durfte, die Einheit der EKD erhalten werden konnte, so war dies vornehmlich ein Verdienst des Greifswalder Bischofs Friedrich Wilhelm Krummacher. Durch seine ausgezeichnete rein theologische Begründung der Einheit der evangelischen Kirche drängte er die Gegner der Einheit in die Defensive.

Die SED und die evangelischen Funktionäre der Ost-CDU waren vom Erfolg der Rede Krummachers überrascht. Die verstärkten öffentlichen Angriffe gegen die Einheit der EKD hatten dazu geführt, daß alle mitteldeutschen Synodalen ohne Ausnahme die öffentliche Selbstverpflichtung mit beschlossen haben, an der Gemeinschaft der EKD festzuhalten. In der Abwehr der Spaltung von außen herrschte also Einmütigkeit.

Die SED konnte diesmal ihr Ziel — die Aufhebung der Einheit der EKD — zwar noch nicht erreichen, aber sie hat es keineswegs aufgegeben. In ihrer unmittelbaren

täglichen Kirchenpolitik wird sie alles tun, daß die Einheit der EKD für Mitteldeutschland praktisch weitgehend unwirksam ist und bestenfalls nur ein Symbol bleibt. Ebenso wie die katholischen Bischöfe aus Mitteldeutschland nicht an der Deutschen Bischofskonferenz teilnehmen dürfen, werden auch die Ratsmitglieder der EKD unter den gegebenen Umständen nie gemeinsam tagen können.

Angesichts dieser Umstände hat die Synode bereits mit notwendigen Reformen begonnen. Man bewahrt soviel Einheit wie möglich, gibt aber den Organen der EKD in West- und Mitteldeutschland die Möglichkeit, die für ihren Bereich notwendigen Entscheidungen selbständig zu treffen.

... und auf die katholische Kirche

Inzwischen haben Beeinflussungsversuche auch gegenüber der katholischen Kirche zugenommen. Im März 1967 machte das Redaktionskollegium der „begegnung“, offenbar in Abstimmung mit dem Staatssekretariat für Kirchenfragen, einen kirchenpolitisch bemerkenswerten Vorstoß. In dem Artikel „Kirche und Bonner Ostpolitik“ wurde die für die innerdeutschen Verhältnisse vielleicht nicht gerade glückliche Umbenennung der Fuldaer Bischofskonferenz in „Deutsche Bischofskonferenz“ zum Anlaß einer scharfen Polemik genommen und dies als ein Ausdruck der „Alleinvertretungsmaßnahme“ westdeutscher kirchlicher Stellen dargestellt. Der Name „Deutsche Bischofskonferenz“ wurde als unrichtig und anmaßend abgelehnt und faktisch die Formierung zweier deutscher Bischofskonferenzen gefordert. Die Berliner Ordinarienkonferenz soll sich in „Ordinarienkonferenz der DDR“ umbenennen und aus der Deutschen Bischofskonferenz ausscheiden. Zustimmung Äußerungen des Leiters des Katholischen Büros in Bonn, Weihbischof Heinrich Tenhumbergs, in einem Interview mit dem „Echo der Zeit“ (29.1.67) zur Ostpolitik der Bundesregierung, die im Namen der katholischen Kirche in Deutschland abgegeben wurden, riefen den Zorn der Kommunisten und den Protest der Ost-CDU hervor. Das Redaktionskollegium der „begegnung“ wünschte von den Bischöfen in Mitteldeutschland, daß sie sich ausdrücklich von dieser zustimmenden Erklärung zur „weiterhin DDR-feindlichen Ostpolitik der Bundesregierung“, die formell auch in ihrem Namen abgegeben sein kann, distanzieren.

Unzweifelhaft widerspricht die Bezeichnung „Deutsche Bischofskonferenz“ der kommunistischen Zweistaaten-theorie und ist deshalb für die Kommunisten ein schweres Ärgernis, wodurch ein ständiger Anlaß zu Pressuren gegeben ist. In ihrem rein politischen Denkmodell ist zur Zeit für eine kirchliche Brückenfunktion zwischen Ost und West kein Verständnis zu finden, weil es der aktuellen politischen Zielsetzung widerspricht.

Die über die Macht verfügenden mitteldeutschen Kommunisten haben vielfältige Möglichkeiten, administrativ den Druck auf die Kirchen zu erhöhen, ohne zu direkten Verfolgungsmaßnahmen (die dem Anerkennungs-bemühen schaden) übergehen zu müssen. Die offene Distanzierung von der „Bonner Politik“ könnte möglicherweise auch vom Staatssekretär für Kirchenfragen als ein Preis gefordert werden, um im bisherigen Ausmaß weiterwirken zu können. Da in einem kommunistischen Regime stets die wirtschaftlichen Fragen der Politik untergeordnet sind, könnten gegebenenfalls auch die Unterstützungsmaßnahmen der westdeutschen Diözesen für die mittel-

deutsche Diaspora durch Unterbindung des Geldtransfers schwer behindert werden.

Ideologische Argumente

Schon seit einem Jahr wird auch die Frage der Neufestsetzung der Diözesangrenzen in Anpassung an die Realität der „beiden deutschen Staaten“ hochgespielt und hervorgehoben, daß es unververtretbar sei, daß westdeutsche (NATO)-Bischöfe in die „DDR“ hineinregieren. Anlässlich des Bischofsjubiläums von Weihbischof Rintelen (Magdeburg) warf die SED die Frage auf, warum es nicht möglich sei, Magdeburg wieder in den Rang einer Diözese zu erheben.

In dem Artikel „Im Konzilsgeist handeln statt ‚überwintern‘“ wurde im Aprilheft 1967 der „Begegnung“ unter Berufung auf bestimmte Abschnitte der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute die Verpflichtung zur aktiven Mitarbeit in der sozialistischen Gesellschaftsordnung der „DDR“ herausgestellt. In diesem Artikel wurde davon ausgegangen, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung den unwiderlegbaren Beweis ihrer Stabilität, ihrer Entwicklungskraft, ihrer Unüberwindbarkeit und ihrer geschichtlich verändernden Ausstrahlung offenbart hat. Da heute der Sozialismus bereits auf einem beträchtlichen Teil der Erde existiert und 60 Millionen Katholiken in seinem Bereich lebten, könne man die These der Pastoralkonstitution, daß die Kirche „an keine Form menschlicher Kultur oder ein besonderes politisches, wirtschaftliches oder gesellschaftliches System gebunden“ sei, nur als Aufforderung und Verpflichtung für alle in einer neuen Gesellschaftsordnung lebenden Katholiken verstehen, ohne Hintergedanken vorurteilsfrei nach konstruktiven Positionen der Katholiken in der neuen Gesellschaftsordnung zu streben und mit allen zum Aufbau einer wahrhaft friedlichen Welt zusammenzuarbeiten.

Neben diesen Überlegungen wurde vor allem die Aufhebung der politischen Abstinenzverordnung für den katholischen Klerus in Mitteldeutschland, die von der Berliner Ordinarienkonferenz zum Schutze der einzelnen Priester erlassen wurde, gefordert. Der Priester soll „nicht nur über das auszubessernde Loch im Kirchendach“, sondern über „die Gesamtheit aller geistigen und materiellen Probleme“ der Zeit mit den kommunistischen Funktionären sprechen dürfen. Die positiven Momente der sozialistischen Gesellschaftsordnung sollen dabei gewürdigt und „das tiefe Anliegen des Glaubens“ soll „weder vom Priester noch von Laien mit konservativen politischen Rücksichten belastet“ werden.

Ziel dieses Vorstoßes ist offensichtlich, die politische Abstinenz der meisten Katholiken in Mitteldeutschland zu überwinden.

Auf dem VII. Parteitag wurden hinsichtlich der kommunistischen Religions- und Kirchenpolitik in den bisher veröffentlichten Materialien keine Aussagen gemacht. Religion und Kirche wurden völlig ignoriert und totgeschwiegen. Offensichtlich glaubt die SED durch das Vortreiben der wissenschaftlich-technischen Revolution den Entkirchlichungstrend beträchtlich zu stärken und damit objektive Voraussetzungen zur Schwächung des Einflusses von Religion und Kirche zu schaffen. Daraus darf man jedoch nicht schließen, daß die SED nunmehr die Entwicklung dem Selbstlauf überläßt. Nach wie vor unternimmt die SED alles, damit ein gesellschaftliches Klima gewahrt bleibt, in dem Religion und Kirche nur

am Rande der Gesellschaft dahinvegetieren. Wenn über Religion und Kirche auf dem VII. Parteitag auch geschwiegen wurde, so darf kein Zweifel daran bestehen, daß der bisherige religions- und kirchenfeindliche Kurs mit der bisherigen Intensität weitergeführt wird. Nachdrücklich wurde während des Parteitages auf die Notwendigkeit einer verstärkten klassenmäßigen Erziehung und der „Durchdringung aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens durch die sozialistische Ideologie“ hingewiesen.

Mögliche Auswirkungen

Die gegenwärtigen gesetzgeberischen Initiativen der SED (Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches, das „Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ und die Pläne zur Verabschiedung einer neuen Verfassung und eines neuen Zivilrechts) sind geeignet, die Rechtsposition der Kirche zu schmälern und ihre Schwierigkeiten zu vergrößern.

Die praktischen Auswirkungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes und des neuen Strafgesetzbuches sind im einzelnen noch nicht abzusehen. Da im neuen Strafgesetzbuch Verstöße gegen die „Souveränität der DDR“ als die schwersten Verbrechen qualifiziert sind, kann man bei Bedarf gegen „unpatriotische“ Bischöfe, Priester und Laien vorgehen, die zur Kirche der Bundesrepublik engere Beziehungen unterhalten, als es in den zwischenstaatlichen Beziehungen üblich ist. Wer sich in Mitteldeutschland zur EKD oder zur Deutschen Bischofskonferenz zugehörig bekennt, unterwirft sich in der Sicht der SED der „Alleinvertretungsanmaßung Bonns“ und mißachtet die „Souveränität der DDR“. Jeder Kontakt mit der Bundesrepublik, der sich in anderen Formen abspielt, als er zwischen Fremdstaaten üblich ist, kann als Staatsverbrechen, und zwar als das schwerste, das das neue Strafgesetzbuch kennt, gewertet werden.

In jüngster Zeit verstärken sich im Zusammenhang mit der Vorbereitung der kirchlichen Feiern zum 450. Jahrestag der Reformation die Spannungen zwischen der evangelischen Kirche und dem kommunistischen Regime. Mit kleinlichen Schikanen nehmen die kommunistischen Kirchenpolitiker Rache für das unerwartete, überraschend einmütige Bekenntnis der mitteleutschen Synodalen in Fürstenwalde zur Erhaltung der Einheit der EKD. Als kirchenpolitische Grundlinie schält sich dabei heraus: eine gesamtdeutsche evangelische Begegnung wird in Wittenberg nicht geduldet. Aus der Bundesrepublik dürfen nur Protestanten an den Reformationsfeierlichkeiten in der „DDR“ teilnehmen, die sich ausdrücklich von der „Bonner Politik der Alleinvertretungsanmaßung“ distanzieren, positiv zur „DDR“ eingestellt sind und auch Differenzen mit der Leitung der EKD haben.

Die geplante neue Verfassung der „DDR“ wird mit Sicherheit einen volksdemokratischen Charakter haben, keine Überbleibsel der Weimarer Verfassung mehr besitzen und die bisherige formelle Rechtsposition der Kirche beträchtlich schmälern. Bei der Neugestaltung des Zivilrechts wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch der Rechtsstatus der Kirchen als Körperschaften öffentlichen Rechts verlorengehen und ihnen nur Vereinscharakter zugebilligt werden. Zwar sollte man diese Gesetzesinitiative nicht überbewerten, da schon bisher die Rechtsposition der Kirche in der Praxis unter Mißachtung der Verfassung ausgehöhlt war und durch die jetzigen Gesetzesinitiativen nur der bisherige faktische Zustand

rechtlich verankert werden soll, doch werden die neuen Gesetze unzweifelhaft zur Festigung der kommunistischen Position gegenüber den Kirchen erheblich beitragen. Offenbar soll den Kirchen künftig erschwert werden, sich

bei der Verteidigung ihrer Rechte bzw. bei der Wahrung der Interessen der Gläubigen auf die Verfassung und andere formell noch nicht aufgehobene Gesetze zu stützen.

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Nur ökumenisches Tauwetter?

In Ihrer Nummer vom Juni 1967 wird auf Seite 251 von dem „konzentrischen Denken“ hinsichtlich des katholischen Kirchenverständnisses geschrieben, das die Begegnung im ökumenischen Dialog nach der größeren oder geringeren qualitativen oder auch quantitativen Nähe des Dialogpartners richtet. In diesem Zusammenhang wird hingewiesen auf die mit der dort vertretenen Auffassung übereinstimmende Kritik ökumenischer Konzilsbeobachter. Dieselbe Gedankenführung klingt dann nochmal mit einem Satz in Ihrer Juli-Nummer auf der ersten Seite an. Wenn ich recht sehe, handelt es sich hier fast wörtlich um die seinerzeitigen kritischen Ausführungen von Prof. Schlink, auf die Kardinal Jaeger sinngemäß erwiderte, daß es sich um ein durchaus normales Phänomen handle, da jedes Bekenntnis nur von seinem Standort und seiner Überzeugung her Dialog führen könne.

Es kann nicht darum gehen, in kleinlicher Apologetik mit dem Finger auf andere zu zeigen, bei denen es auch nicht anders ist, und doch scheint sich hier einfach von der Sache her eine Korrektur aufzudrängen. Müßte nicht — und vollends in einer Gegenwart, in der es zunehmend „relativistelt“ — eine solche Aussage differenzierter gemacht werden? Gewiß ist es gut, wenn wir an unsere Brust schlagen, aber stimmt, was dort ausgeführt wird auf dem Hintergrund gerade der dabei zitierten und mit dem Autor gleichziehenden nichtkatholischen Kritik, oder führt das so zu einer schiefen Optik?

Schon die Kritik Schlinks schien damals nicht ohne Problematik. War er es nicht, der in seinem Bericht vor der Synode bald darauf erklärte, das Konzil habe leider kein Dogma *zurückgenommen*(!)? Die gleiche Formulierung aus seiner Feder läßt sich nachlesen in seinem Buch „Nach dem Konzil“, Siebenstern-Verlag, S. 196. Man braucht kaum darauf hinzuweisen, daß es eine ziemliche Katastrophe wäre, wenn etwa ein katholischer Peritus erklärt hätte, leider sei die lutherische Lehre von der Rechtfertigung noch nicht „zurückgenommen“ worden!

Doch weiter: Sind nicht immer wieder resignierende Äußerungen dahingehend zu hören, daß das ökumenische Tauwetter zwar sehr schön sei, aber so lange nicht weiter führe, wie sich die katholische Kirche als die Kirche Christi und nicht als einen Teil, als Fragment verstehe? Dies nun spätestens läßt fragen, ob hier nicht ein kompaktes ekklesiologisches Präjudiz sich anmeldet, ein konzentrisches Denken von protestantischer Prämisse her, das die ökumenische Relevanz der Bemühungen Roms primär daran mißt, wie weit sich diese Kirche nun protestantisiert, ja ob sie sich als Konfession im Sinne des Partiellen, als Denomination in eine föderalistische Ökumene integriert, wo man ihr gewisse hochkirchliche Attribute lassen könnte. Findet sich an solchen konzentrischen Stellen nicht genau das, was man außerhalb der Ecclesia Catholica — durchaus verständlicherweise — in Begriffen wie „Rückkehr“ oder „Heimkehr“ nicht als Hilfe, sondern als

Belastung empfindet? Haben wir nicht noch kürzlich an der Reaktion Dietzfelbingers auf die Fatima-Reise des Papstes (schwere ökumenische Belastung) erlebt, daß ökumenischer Fortschritt anscheinend nur insoweit registriert zu werden vermag, als katholisches Gut demontiert wird? Es steht mir nicht zu, jene Kritik zu üben, die ich von einem evangelischen Theologen hörte, welcher sagte, nicht der Katholizismus, sondern der Protestantismus sei in der postkonziliären Phase monolithisch; man sehe katholisierende Mücken und schlucke arianische Kamele.

Es fällt auf, daß überall dort, wo die Kirchen heute offizielle Sachverständige zu ökumenischen Gremien und Besprechungen delegieren, von nichtkatholischer Seite weitgehend Vertreter eines „harten Kurses“ und einer subtileren Negation geschickt werden (jedenfalls, soweit es sich um Deutschland handelt): Schlink, Dietzfelbinger jun. und sen., Beckmann u. a., dagegen kein Peter Meinhold, kein Johann-Christoph Hampe, kein Pastor Schmidt von der Michaelsbruderschaft, von den Theologen aus Taizé oder der Asmussengruppe gar nicht zu reden. Und von katholischer Seite? Ist es notwendig, die avantgardistischen Namen zu nennen, die hier auftauchen. Nun, sie sind in aller Munde.

Zusammenfassend möchte man fragen: „Können die in den beiden Nummern der ‚Herder-Korrespondenz‘ gemachten Ausführungen über ein enges konzentrisches Denken unter Anknüpfung an die Kritik nichtkatholischer Konzilsbeobachter so, wie sie dort zu lesen waren, befriedigen? Sind diese Ausführungen, was das beiderseitige Dilemma betrifft, das uns im Ökumenischen belastet, ausreichend, ja sachlich richtig?“

Als langjähriger Una-Sancta-Mann und ebenso langjähriger Leser der „Herder-Korrespondenz“ dachte ich, Ihnen das schreiben zu dürfen.

F.-W. Frhr. Schilling v. Canstatt

Die Zahl der Palästinaflüchtlinge

In der Herder-Korrespondenz, Heft 8, August 1967, S. 358 f., berichteten Sie über die Flüchtlingssituation im Nahen Osten. Zweifellos ist das Elend der arabischen Flüchtlinge sehr groß und ihr Schicksal bemitleidenswert. Die individuelle Not besteht in jedem Fall und in der Regel unabhängig von der tatsächlichen Zahl der Flüchtlinge. Dennoch scheint es mir notwendig, die in ihrem Bericht genannten Flüchtlingszahlen zu überprüfen.

Ihr Bericht stützt sich auf die Angaben des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, der 1948 die Zahl der arabischen Palästina-Flüchtlinge „mit mehr als 964 000 Menschen bezifferte“ (S. 358). Sicherlich hat der Flüchtlingshochkommissar diese Zahl nicht auf Grund von Vermutungen gewonnen. Vielmehr scheint diese Zahl der Zahl der registrierten Palästina-Flüchtlinge zu entsprechen. Ich möchte nicht bezweifeln, daß ebenso viele